

Zraggen Othmar Landrat CVP Attinghausen

**Frau Präsidentin,
Meine Damen und Herren,**

laut Informationen mit den Verantwortlichen der Geschäftsleitungen, von den heute grösstenteils privatrechtlichen Unternehmungen im Industriegebiet Schattdorf ist zu erfahren, dass der Regierungsrat oder die zuständige Direktion, von Betrieben die in diesem Gebiet liegen, einen Kostenbeitrag auf Grund Verursacherprinzip (d.H. Kosten für die Erhöhung der Hochwassersicherheit und als besonders bevorteilte Dritte), in zweistelliger Mio. Höhe an den Hochwasserschutz geltend machen will und hierfür auch Verhandlungen führt. Eine solche Forderung stösst bei den Verantwortlichen in den Konzern- und Geschäftsleitungen auf grossen Widerstand und wird überhaupt nicht verstanden. Umso mehr noch wenn man bedenkt dass heute in diesem Gebiet neben der Ruag mit ca. 50 eingemieteten Unternehmungen über 70 Betriebe angesiedelt sind in denen heute, angeführt von DAG und RUAG, gesamthaft ca. 1500 Arbeitsplätze angeboten werden. Ausserdem gilt es klar zu beachten dass nach dem Unwetter 05, für viele, besonders für die RUAG und Dätwyler – Rubber, ein Wiederaufbau ohne das Versprechen der Regierung, für einen wirksamen Hochwasserschutz zu sorgen, nicht mehr in Frage gekommen wäre.

Erfreulicherweise ist festzustellen, dass nebst den Schadenbehebungen in den dort ansässigen Unternehmen sehr hohe Investitionen für die Zukunft getätigt wurden. Ich glaube das müssen wir als klares Bekenntnis, am Standort Uri in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld festzuhalten und diesen gar zu stärken, anerkennen. Wir wollen auch Hoffen, und das möchte ich hier heute auch klarer Aufruf zu Ausdruck bringen, dass dies in Zukunft auch so bleiben möge.

Ich denke aber auch an die Behindertenbetriebe, an das Altersheim Rütigarten, Weber Stahl, Tellpark, an den Busbetrieb, ec. um nur einige zu nennen.

Wir glauben alle diese dürfen den Anspruch haben, dass der Kanton sein Versprechen, das Gebiet südlich des Schächenbaches zu schützen, auch einlöst ohne dass sie sich an den Kosten zu beteiligen haben.

Gestützt auf Artikel 83a der Geschäftsordnung des Landrates reichen im nahmen der CVP-Fraktion die Unterzeichneten Landräte eine Empfehlung zu Handen des Regierungsrates ein.

Empfehlung: Auf eine Kostenbeteiligung ist zu Verzichten,

- da es im allgemeinen Interesse des Kantons Uri liegt, für einen von Hochwasser geschützten Standort für innovative Industrie- und Gewerbebetriebe zu sorgen.
- da eine solche Kostenbeteiligung den Aktivitäten unser Wirtschaftsförderung (sprich Standortattraktivität) zu wieder laufen würde.
- da im Rahmen des RUR, (Raumordnung unteres Reusstal)sich in diesem Gebiet künftig Industrie- und Gewerbebetriebe entwickeln sollen.
- eine Gleichbehandlung aller in diesem Gebiet gelegenen Betriebe sehr Schwierig ist.
- eine Kostenbeteiligung für viele nicht tragbar ist.

Attinghausen, 12.11.2008

Erstunterzeichner


O. Zraggen

Zweitunterzeichner


F.X. Brüker